

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2009

Europa

Deutschland

I (3956) **Freiburg**. Kann man Mitglied der katholischen Kirche sein, ohne Kirchensteuer zu zahlen? Diese Frage warf Hartmut Zapp auf, früher Professor für Kirchenrecht an der Universität Freiburg, als er aus der Kirche austrat, aber mit dem Zusatz, dies gelte nur für die verfasste Kirche, nicht aber für die Gemeinschaft der Glaubenden. Die Diözese verwirft diese Differenzierung und forderte die Annullierung des Austritts wegen dieses einschränkenden Passus. Doch das Verwaltungsgericht Freiburg gab dem Professor in erster Instanz Recht. Die Kirche kündigte hingegen an bis zum Bundesverfassungsgericht prozessieren zu wollen. (*Badische Zeitung*, 16. u. 18.7.09; *Frankfurter Rundschau*, 18.7.09; *Süddeutsche Zeitung*, 18.7.09)

Anm. MIZ-Red.: Bereits im März 2006 hatte der Vatikan den Standpunkt des Kirchenrechtlers schon bestätigt, ohne dass dies jedoch zu praktischen Folgen für Deutschland führte. Daher hätte es des Zusatzes eigentlich gar nicht bedurft. Die SZ unkte nach dem erstinstanzlichen Urteil bereits vom „Ende der Kirchensteuer“, was indes verfrüht ist.

I (3957) **Bonn**. Die neuesten statistischen Daten zur katholischen Kirche weisen für 2008 einen deutlichen Anstieg der Austritte (121.155 nach 93.667 im Vorjahr) und einen leichten Rückgang der Eintritte (13.934 nach 15.088 in 2007) aus. Im längerfristigen Vergleich zeigt sich allerdings, dass das Austrittsniveau damit gerade wieder den Stand der Jahre 1996 bis 2003 erreicht hatte, wo die Austrittszahlen konstant zwischen 113.000 und 134.000 lagen. Die Papsteuphorie der Jahre 2004 bis 2007 mit dem Rückgang auf jährlich 84.000 bis 102.000 Austritten gehört damit der Vergangenheit an. Die Kirchgangsquote ging wiederum um 0,3 auf 13,4 % zurück.

Die eigentliche Sensation: Erstmals überhaupt waren in Bayern (im Verhältnis zur Katholikenzahl) mehr Austritte zu registrieren als im Bundesdurchschnitt; nur noch 54,1 % der Bayern waren katholisch, aber schon 22,5 % konfessionslos und nur 21 % evangelisch. Bundesweit lag der Katholikenanteil Ende 2008 nach Angaben der Bischofskonferenz bei 30,7 % (minus 0,3 %); rechnet man aber 700.000 Mitglieder ab, die wegen eines Zweitwohnsitzes doppelt gezählt wurden, schrumpfte die Katholikenzahl auf rund 24,477 Millionen (= 29,8 %).

Die evangelische Kirche war bisher nicht einmal zur Veröffentlichung ihrer Austrittszahlen 2007 in der Lage. Aus Angaben einzelner Landeskirchen ergab sich aber auch hier in beiden zurückliegenden Jahren eine deutliche Zunahme der Austritte. Fest steht, dass der Anteil der Protestanten während des letzten Jahres ebenfalls unter 30 Prozent gefallen ist. (MIZ-Eigenmeldung auf Basis der Mitteilungen der kirchlichen Statistik-Ämter)

I (3958) **Fulda**. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zöllitsch, hat eine „aggressive Religionskritik“ beklagt, ohne sich aber näher zu

äußern, worin diese besteht und wie sie festzumachen sei. Kritiker wollten das Christentum denunzieren und verspotten und seien dabei doch von Selbstbezogenheit und Hedonismus geprägt, sagte Zollitsch am Montag in Fulda zum Auftakt der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz. Dass er mit seiner Gegenkritik jedoch weltlich orientierte Menschen seinerseits denunziert und herabsetzt, war dem Kirchenfürst wohl nicht klar. (KNA, 23.9.09)

I (3959) **Berlin**. Die Linke erweist sich immer mehr als klassische säkulare Partei, und zwar in Ost und West. Laut einer Untersuchung des FORSA-Instituts sind 64 % ihrer Wähler konfessionslos, also fast exakt doppelt so viele wie im Durchschnitt aller Wähler. Dabei fällt auf, dass die Wähler der Linken zwar ein unterdurchschnittliches Einkommen, aber den höchsten Bildungsstand besitzen: 50 % haben Abitur. (*Stern*, 10.9.09)

Dies bestätigte sich auch bei der Bundestagswahl, wo die Linke unter den Katholiken nur 6 und bei den Protestanten 9 % erhielt. Auf das Gesamtergebnis von 11,9 % hieften sie die Konfessionslosen, wo die Linke mit 23 % sogar stärkste Partei wurde. Auch im Westen (wo die Linke inzwischen deutlich mehr Wähler als im Osten hat) gilt dieser Trend: Hätten bei der Landtagswahl im Saarland nur die Kirchenfreien gewählt, wäre die Linke auch dort mit 31 % die stärkste Partei. Da die Evangelischen aber nur zu 23 und die Katholiken nur zu 17 % links wählten, kam die Partei insgesamt "nur" auf knapp 22 Prozent. (*Informationsdienst der Evangelischen Allianz [=idea]*, 29.9.09 bzw. 2.9.09)

Unter den übrigen Parteien schnitten nur die Grünen (10,7 %) bei den Konfessionsfreien überdurchschnittlich gut ab: Sie erhielten dort 13, bei den kirchengebundenen Wählern aber nur 11 (ev.) bzw. 9 (kath.) Prozent. Der FDP (14,6 %) bekam ihre Abwendung von ihrem früheren Kirchenpapier nicht gut. Während sie bei den Anhängern beider Kirchen 15 % der Stimmen erhielt, waren es bei den Konfessionsfreien nur 13. Die SPD schnitt dort mit einem Anteil von 21 % zwar besser ab als bei den Katholiken (18 %), aber schlechter als bei den Protestanten (28 %) und im Gesamtdurchschnitt (23,0 %). Die CDU/CSU (33,8 %) lag bei Katholiken (46 %) zwar immer noch gut, aber schon bei Evangelischen unter ihrem Durchschnitt (31 %). Dass sie bei Konfessionslosen immer noch 22 % erhielt und dort sogar einen Prozentpunkt besser als die SPD lag, gibt zu denken. (*infratest dimap*, 28.9.09)

Deutliche Kritik am Wahlerfolg der Linken übte der EKD-Ratsvorsitzende Huber, der vor einem „Auseinanderdriften der Gesellschaft“ warnte. Sein Hinweis auf „viele ehemalige SED-Mitglieder“ trifft für die Bundestagsfraktion der Linken jedoch nicht zu; von den 76 Mitgliedern kommen zwei Drittel aus dem Westen. Überdies sind die meisten auch ziemlich jung: Nur acht sind älter als Jahrgang 1950, darunter nur zwei aus dem Osten. (*idea*, 30.9.09)

Auch die katholische Kirche ging auf Distanz zu den Linken. Direkt vor den Wahlen sagte der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Karl Jüsten, eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei sei für die katholische Kirche problematisch. Erst wenn DIE LINKE „ihr Verhältnis in der damaligen DDR zu den Menschenrechten“ geklärt habe, „insbesondere aber auch wie sie mit den Kirchen und mit den Christen in der DDR umgegangen ist, kann sie für uns in Frage kommen“, so der Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz in Berlin. Bei der programmatischen Ausrichtung der Linkspartei warnte Jüsten vor Populismus und nannte als Beispiele die Forderung nach dem Rückzug aus Afghanistan. Dass ein

erheblicher Teil der Linken mit der SED aus Alters- oder aus geographischen Gründen gar nichts zu tun hat, unterschlug der Prälat ebenso wie das Verhältnis seiner eigenen Kirche zu den Menschenrechten. (*Radio Vatikan*, 27.9.09)
Die organisierten Konfessionsfreien haben weiterhin zwei Vertreter im Bundestag. Zwar schied das HVD-Mitglied Rolf Stöckel (SPD) aus, aber dem Bund für Geistesfreiheit (bfg) gehört neben dem bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Florian Pronold auch der Augsburger Linke Alexander Süßmair an, der säkulare Positionen bisher sehr engagiert und kenntnisreich vertreten hat. (*MIZ-Eigenmeldung*)
Erzbischof Zollitschs Zorn traf auch andere: Er äußerte seinen Unmut über den Wahlkampf von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier deutlich. "Ich vermisse die Besinnung auf die zentralen christlichen Werte". Was diese in einem säkularen Staat zu suchen haben, wollte der Chefkatholik nicht erläutern. (Bayerischer Rundfunk, 25.9.09)

I (3960) **München**. Nur wenige Wochen nach dem Ende des Superwahljahrs haben die Grünen in Bayern eine Kommission gegründet, die sich offiziell mit „Fragen der Überschneidung von Kirche und Staat“ beschäftigen soll, speziell aber mit kirchlichen Privilegien im Finanzbereich. Mitglieder dieser Kommission sind u.a. der ehemalige Landesvorsitzende Sepp Daxenberger, sein Nachfolger Dieter Janecek, der Landtagsabgeordnete Sepp Dürr (der vor der Landtagswahl 2007 die Kirchenprivilegien angegriffen hatte) und die katholische Kirchenbeauftragte Ulrike Gote.

Schon der erste Termin dieser Kommission am 12. Oktober hatte die Finanzierung der Kirchen zum Thema. Insbesondere staatliche Leistungen und Verpflichtungen aus dem Bayerischen Konkordat oder anderen vertraglichen Einigungen, die nach der Säkularisierung getroffen wurden, waren ein Diskussionsthema.

Eingeladen wurden auch Vertreter des Bundes für Geistesfreiheit, „da Sie die rechtlichen Hintergründe der Kirchenfinanzierung sicherlich kennen“ und „sich bereits fachlich damit beschäftigt haben“.

Der *bfg* schlug vor allem Maßnahmen im Schul- und Universitätsbereich vor. Neben der Streichung der Konkordatslehrstühle solle die Kirche die Hälfte der Kosten für die Katholische Universität Eichstätt übernehmen, in der im Übrigen auch die gesamte bayerische Priester- und Theologenausbildung konzentriert werden könne. Damit könnten die übrigen sechs theologischen Fakultäten aufgelöst und erhebliche Mittel für andere Fachbereiche umgewidmet werden. Außerdem sollten im Religionsunterricht nur Lehrkräfte unterrichten, die die staatliche Lehrbefähigung haben. (Derzeit werden oft Pfarrer oder kirchliche Hilfskräfte eingesetzt, für die die Kirche direkt Pauschalen kassiert, die sie aber – ähnlich dem Prinzip von Leiharbeitsfirmen – nur teilweise weitergibt.)

Welche Konsequenzen die Grünen aus diesen Gesprächen ziehen, ist noch offen und wird vermutlich erst später nach internen Beratungen feststehen. (*MIZ-Eigenmeldung*)

I (3961) **Augsburg**. Der bekannte Militärexperte und Soldatenbischof Walter Mixa sprach sich gegen einen sofortigen Rückzug der deutschen Bundeswehr aus Afghanistan aus. Im Rahmen der 49. Woche der Begegnung der Katholischen Militärseelsorge warnte der katholische Militärbischof davor, dass sich die „bisher geleistete Arbeit“ innerhalb kürzester Zeit als nutzlos erweisen könnte.

„Es ist unseren Soldaten in den letzten Jahren gelungen, mehr für die afghanische Bevölkerung an richtig verstandener Freiheit und Sicherheit im Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen“, lobte Mixa die bisher geleistete Arbeit. Betrübt äußerte sich Mixa über die Opfer des aktuellen Luftangriff in Kundus, welcher von der Deutschen Bundeswehr initiiert wurde. Trotz der zivilen Verluste sei es in der derzeitigen Lage verantwortungslos, eine sofortige Abzug aus dem Krisengebiet zu fordern. (*Domradio Köln*, 16.9.09)

I (3962) **Hannover**. Die evangelischen Kirchen Westfalens und Hannovers klagen gegen Verdi. Die Kirchen werfen der Gewerkschaft vor, kirchliche Angestellte „systematisch zu Streiks aufzurufen“, während sie selbst den DGB aussperren. Anscheinend wolle Verdi unter den Arbeitnehmern im kirchlichen Dienst neue Mitglieder gewinnen. An diesem Donnerstag haben die Kirchen nun ihre Klage vor das Arbeitsgericht Bielefeld gebracht. Sie berufen sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht. In der Mehrzahl der evangelischen Kirchen regelt eine „Arbeitsrechtliche Kommission“ die Tarife der Angestellten, was aber zu Lasten der ArbeitnehmerInnen führt. Streiks sind verboten. (*FAZ*, 18.9.09)

I (3963) **Stuttgart**. Zu einem wachsamem geistigen Widerstand gegen neue Formen eines „aggressiven“ Atheismus hat Bischof Gebhard Fürst die Christen aufgerufen. Im Zuge des Darwinjahrs 2009 seien Angriffe auf den Gottesglauben zu beobachten, stellte der Bischof von Rottenburg-Stuttgart am Sonntag beim Herbstfest mit Stuttgarter Katholiken fest. „Bestimmte“ (absichtlich nicht namentlich genannte) zeitgenössische Autoren beriefen sich auf den Begründer der Evolutionstheorie, Charles Darwin, „um so Gott als rein menschliches Konstrukt darzustellen“. Fürst bewertet dies bereits als „Polemik“. Der Bischof meint, dass Evolutionstheorie und Gottesglaube keinen Gegensatz darstellten. Es handele sich um zwei Sichtweisen auf das Schöpfungsgeschehen, „einerseits um die naturwissenschaftliche Erklärung, andererseits um die theologische Deutung der Weltentstehung“. In unverantwortlicher Weise würden solche Atheisten (angeblich) ein Zerr-Gottesbild von einem „Riesen-Handwerker“ aufbauen, das sie dann umso leichter zerstören könnten.“ (Pressemitteilung der Diözese Stuttgart-Rottenburg, 20.9.09)

I (3964) **Freiburg**. Die Jesuitenzeitschrift *Stimmen der Zeit* sieht hinter der vom Papst gewünschten Aussöhnung mit den Traditionalisten einen innerkirchlichen Richtungsstreit. Die Piusbruderschaft habe „erklärtermaßen nicht vor“, das Zweite Vatikanische Konzil uneingeschränkt anzuerkennen, schreibt der neue Chefredakteur des Blattes, Andreas Batlogg, im Editorial der Oktober-Ausgabe. Mit der Bruderschaft „mögen jetzt auch andere Kreise ihre Stunde gekommen sehen, das Zweite Vatikanum kleinzureden“. Batlogg schreibt, gegen eine schleichende Aushöhlung und Demontage des Konzils sowie gegen spitzfindige Umdeutungen könne nur der Papst selbst einschreiten. Derweil appelliert die kritische Bewegung „Wir sind Kirche“ an die deutschen Bischöfe, die Kirche auf dem Kurs des Konzils zu halten. Die Bischöfe sollten sich „unmissverständlich in Rom zu Wort melden“, falls auch nur der Anschein von Zugeständnissen des Vatikans an die Piusbruderschaft bei der Auslegung der Konzilstexte entstände. (*KNA*, 21.9.09; *Stimmen der Zeit*, 10/09)

Frankreich

I (3965) **Paris**. Die katholische Kirche in Frankreich muss keineswegs so sehr darben, wie es mitunter scheint: Im vergangenen Jahr hat sie rund 90 Millionen Euro geerbt, wobei Zuwendungen an katholische Stiftungen oder Einzelpfarreien noch gar nicht mit erfasst sind. Für die meisten Diözesen sind die Überlassungen von Vermögen und Immobilien eine sprudelnde Einnahmequelle, die sie noch weiter ausnehmen wollen. Deshalb startete die französische Bischofskonferenz eine Kampagne, um Schenkungen an die Kirche zu fördern. (apic, 17.9.09)

Großbritannien

I (3966) **London**. Beihilfe zum Suizid soll nicht in jedem Fall strafbar sein. Das hat der Leiter der britischen Anklagebehörde, Keir Starmer, angekündigt. Damit reagiert er auf ein jüngst ergangenes Urteil. Die an multipler Sklerose erkrankte Debbie Purdy hatte vor Gericht eine Klärung der Frage erstritten, ob ihr Ehemann strafrechtlich verfolgt werde, wenn er sie in eine Schweizer Sterbeklinik begleite. Die neuen Richtlinien sollen am Mittwoch verkündet werden, wie britische Medien berichten. In Großbritannien sieht das Gesetz für Beihilfe zum Suizid derzeit bis zu 14 Jahre Haft vor. Betroffene hatten wiederholt kritisiert, es sei unklar, inwieweit Verwandten und Freunden, die unheilbar Kranken aktive Sterbehilfe ermöglichen, eine Strafverfolgung drohe. Obwohl mehr als 100 todkranke Briten in den vergangenen zehn Jahren ihr Leben in ausländischen Kliniken beendet haben, ist niemand strafrechtlich für eine Sterbehilfe verfolgt worden. Beihilfe zur Selbsttötung bleibe auch mit den neuen Richtlinien verboten, stellte Starmer den Berichten zufolge klar. Es gehe darum, aufzulisten, welche Umstände wahrscheinlich zu einer Strafverfolgung führten. Ein Aspekt sei die Frage, ob der Sterbehelfer von dem Tod profitiere. Auch müsse zwischen „Beihilfe“ und „Ermutigung“ zum Suizid unterschieden werden. (kap, 20.9.09)

Italien

I (3967) **Bologna**. Das „schlimmste Übel der Kirche“ ist der „Ehrgeiz der Kleriker, ihr Karrieredenken“. Das sagte der Erzbischof von Bologna, Kardinal Carlo Caffarra, der es ja wissen muss. In seiner Sonntagspredigt rief er Kleriker dazu auf, „Diener aller zu sein“. (ansa, 19.9.09)

Anm. MIZ-Red.: Hier müssen wir mal die Kleriker in Schutz nehmen: Was bleibt denn den armen Geistlichen sonst (außer Alkohol) noch übrig, wo sie doch jeden Tag immer wieder das gleiche Theaterstück zelebrieren müssen!

I (3968) **Rom**. Im Kampf gegen die Selbstbestimmung propagiert die einflussreiche vatikantreue katholische Nachrichtenagentur *Fides* die absolute Verbindlichkeit christlicher Normen für den Staat. Das „biologische Testament“ (vergleichbar mit der Patientenverfügung) sei ein Irrweg. Weder der Staat noch das Individuum dürften über das Lebensende verfügen. „Der Staat ist nicht Herr des Lebens, das für die Gläubigen eine Gabe des Schöpfers ist und für die Nicht-Gläubigen nach wie vor ein Geheimnis bleibt. Das Leben ist von Anderem "gegeben", und niemand steht an seinem Anfang und niemand ist Autor seines eigenen Lebens.“ Daher dürfe niemand das Leben beenden oder ein vorzeitiges Ende herbeiführen. „Einzig rechtmäßig ist in diesem Sinn ist die Verteidigung des Lebens und jede Handlung um seinen absoluten und unverfügbaren Wert zu wahren, seine Würde zu schützen, seine Entwicklung zu unterstützen - auch und vor allem dort wo es sich Erfahrungen von

"verletztem Leben" ausgesetzt sieht, das sich zwar nicht vollständig ausdrücken kann, immer aber doch Leben bleibt.“

Säkulare Organisationen bemängeln, dass bei dieser Argumentation die Entscheidungsfreiheit des Individuums nicht die geringste Rolle spiele.

Ministerpräsident Berlusconi sympathisiert mit dieser Generallinie von *Fides*.
(*Fidesdienst*, 10.9.09)

I (3969) **Rom**. Der italienische Senat hat beschlossen, eine Untersuchung über die Abtreibungspille „RU 486“ in die Wege zu leiten. Die Pille war erst kürzlich von den Gesundheitsbehörden für den Vertrieb in Italien freigegeben worden. Die Untersuchung wird 70 Tage dauern und soll „technischen Charakter“ haben, erklärte Antonio Tommasini, Präsident der Gesundheitskommission des Senats. Gegen den Beschluss protestierte die oppositionelle Demokratische Partei (PD) heftig. Die Mitte-Rechts-Koalition, die in beiden Häusern des Parlaments die Mehrheit hat, wolle den Verkauf von RU 486 in Italien verhindern, kritisierten Parlamentarierinnen der Opposition. Trotz des heftigen Widerstands der katholischen Kirche hatte die italienische Arzneimittelbehörde im Juli die Abtreibungspille RU 486 zugelassen. Mehrere Minister der Regierung Berlusconi hatten sich dagegen ausgesprochen. Die katholische Kirche lehnt die Abtreibungspille ab, weil neues menschliches Leben nach Auffassung der Wissenschaft mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginnt. RU 486 sei „kein Medikament, sondern ein tödliches Gift“, erklärte noch wenige Stunden vor der Entscheidung Bischof Elio Sgreccia, der frühere Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben. (*kap* [=österreichische katholische Presseagentur], 23.9.09)

Luxemburg

I (3970) **Vatikanstadt**. Der 54-jährige Großherzog Henri von Luxemburg erhält den diesjährigen Van-Thuan-Menschenrechtspreis des Vatikans. Henri von Luxemburg hatte 2008 seine Unterschrift unter das inzwischen verabschiedete Sterbehilfe-Gesetz aus Gewissensgründen verweigert. Daraufhin wurde er vom luxemburgischen Parlament entmachtet und übt nur noch eine protokollarische Funktion an der Staatsspitze aus.

Der Vatikan würdigte den Großherzog ausgerechnet für die „Verteidigung der Menschenrechte“, wie Kurienkardinal Martino betonte. Es gehe ihm dabei „vor allem um den Einsatz für das Recht auf Leben und auf Religionsfreiheit. Im Verhalten Henris haben wir das festgestellt. Er ist außerdem Vater von fünf Kindern. Der Preis will die Menschen ehren, die ihren Glauben leben und ihn in ihrem Leben in die Tat umsetzen.“ (*Radio Vatikan*, 15.9.09)

Anm. *MIZ-Red.*: In Wirklichkeit handelt es sich hier nicht um einen Preis für Menschenrechte, sondern für Intoleranz. Das luxemburgische Gesetz ermöglicht es Menschen selbstbestimmt zu sterben, aber es zwingt sie nicht dazu. Wer Sterbehilfe ablehnt, hat unbestritten das Recht dazu. Aber er sollte auch den Willen Andersdenkender respektieren und diesen nicht seine eigene Weltanschauung aufoktroieren. An diesem Beispiel wird deutlich, was der Vatikan *wirklich* unter Menschenrechten versteht.

Polen

I (3971) **Krakau**. In der Bischofsstadt protestierten fanatische Gläubige gegen eine religionsfreie Veranstaltung, die sogleich als „Anti-Glaubens-Kampagne“ denunziert wurde. Katholiken beschwerten sich bei den städtischen Verkehrsbetrieben, damit „Provokationen“ an Straßenbahnen verhindert werden. Das berichtet die Tageszeitung *Nasz Dziennik*. Die Initiatoren der Kampagne wollen nach eigenen Angaben „positive Botschaften“ an der Linie 8 anbringen. Diese führt am erzbischöflichen Palais vorbei, in dem der spätere Papst Johannes Paul II. als Krakauer Erzbischof residierte – was Gläubige besonders in Rage brachte. Zugleich wurde für den 10. Oktober in Krakau die landesweit erste Demonstration von Atheisten und Agnostikern geplant. Die Kundgebung unter dem Motto „Moral ohne Glauben“ wende sich gegen die Diskriminierung von Atheisten und Agnostikern, so eine Sprecherin des Verbandes „Junge Freidenker“. Erwartet würden etwa 150 Teilnehmer. (KNA, 22.9.09)

Schweden

I (3972) **Stockholm**. Der katholische Bischof von Stockholm, Anders Arborelius, hat den vatikanischen Nuntius bereits im November 2008 – also gut zwei Monate vor der Ausstrahlung des fatalen Interviews – darüber informiert, dass einer von ihnen den Holocaust geleugnet hat. Dies meldete das Schwedische Fernsehen. Vatikan hat erneut dementiert, dass Papst Benedikt XVI. vor der Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Piusbruderschaft wusste, dass einer von ihnen den Holocaust geleugnet hat. Vatikansprecher Federico Lombardi reagierte am Mittwoch auf einen entsprechenden Bericht im Schwedischen Fernsehen. Danach hatte der Brite Richard Williamson in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen den Holocaust geleugnet und die Judenvernichtung verharmlost. Der Vatikan dementierte dies ohne Details zu nennen. Für die zweite Oktoberhälfte sind im Vatikan Gespräche mit der ultrakonservativen Priesterbruderschaft geplant. Der Vatikan hatte dafür bislang zur Bedingung gemacht, dass die Piusbrüder drei wesentliche Grundsätze anerkennen: die Religionsfreiheit, die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils und die Öffnung für den Dialog mit anderen Kirchen und Glaubensgemeinschaften. (*Bayerischer Rundfunk*, 20.9.09)
Im Vatikan ist man äußerst unglücklich über die neue Entwicklung. „Den Fall Williamson wieder anzuhetzen, kann nur grundlos neue Verwirrung stiften“, meint Papst-Sprecher Federico Lombardi. Der Papst habe doch in seinem Brief vom 10. März „alles deutlich geklärt“, so der Jesuit. (*il giornale*, 24.9.09)

Spanien

I (3973) **Madrid**. Die Regierung hat eine Lockerung des Abtreibungsrechts in Spanien beschlossen. Das Kabinett von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero verabschiedete einen Gesetzentwurf, der die bisher geltende Indikationslösung durch eine Fristenregelung ersetzen soll. Danach sollen Schwangerschaftsabbrüche künftig bis zur 14. Woche straffrei bleiben. In Sonderfällen – wie bei gesundheitlichen Gefahren für die Frau oder bei schweren Missbildungen des Fötus – sollen Abtreibungen bis zur 22. Woche der Schwangerschaft zulässig sein. Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren sollen ohne Zustimmung der Eltern über eine Abtreibung entscheiden können. Diese Bestimmung war bereits in einem vor vier Monaten vom Kabinett gebilligten

Vorentwurf enthalten. Sie stieß bei der Kirche auf besonders heftige Proteste. Dennoch hielt die Regierung daran fest. Die Reform wird nun dem Parlament vorgelegt und muss dort mit absoluter Mehrheit verabschiedet werden. Die katholische Kirche hatte wiederholt gegen die Lockerung des Gesetzes protestiert. Nach der bisherigen Gesetzgebung aus dem Jahre 1985 sind Abtreibungen in Spanien grundsätzlich verboten. Nur in Ausnahmefällen sind sie zugelassen, wie nach Vergewaltigungen, bei Missbildungen des Fötus oder bei Gefahren für die physische oder psychische Gesundheit der Schwangeren. (*Radio Vatikan*, 27.9.09)

Tschechien

I (3974) **Prag/Brünn**. „Stell dir vor, der Papst kommt und keiner nimmt Notiz davon.“ Beinahe war es so auf des Pontifex 13. Auslandsreise. Selbst die Reporterin von Radio Vatikan musste feststellen: „Man merkt, dass die katholische Kirche in Tschechien in einer Minderheitensituation ist. Von den rund 10,5 Millionen Tschechen sind 60 Prozent konfessionslos. Nur ein Viertel der Bevölkerung ist katholisch und das merkt man. Wer durch die Prager Altstadt flaniert, findet kaum Anzeichen eines bevorstehenden Papstbesuchs. Die tschechische Bevölkerung scheint nicht viel Aufhebens darum zu machen.“

Dennoch trat der Papst gleich wieder in ein Fettnäpfchen. Während einer Messe in Brünn warf er der Bevölkerungsmehrheit vor, ein sinnloses Leben zu führen. „Die Erfahrung der Geschichte zeigt, zu welcher Sinnlosigkeit der Mensch gelangt, wenn er Gott von seinem Entscheidungs- und Handlungshorizont ausschließt“, sagte Ratzinger in seiner Predigt. Viele Formen der Armut entstünden aus Isolation und der Ablehnung Gottes. Er kritisierte die Verdrängung von Religion ins Privatleben und beklagte, dass „im öffentlichen Leben sich das Vertrauen in den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt behauptet“ habe. In Prag behauptete er, die Kirche verlange keine Privilegien, wolle aber frei wirken können. Darunter verstand er allerdings die Prägung der gesamten Gesellschaft durch die katholische Morallehre: „Die Kirche und alle Katholiken sollten die geistlichen und moralischen Werte in der heutigen Gesellschaft stärken“ und sich „mit besonderem Eifer der Erziehung der jungen Generationen“ widmen. Dabei setzte er die Werte der säkularen Gesellschaft erneut herab: „Die Gesellschaft trägt noch die Wunden, die von der atheistischen Ideologie verursacht wurden, und sie ist oft von der modernen Mentalität des hedonistischen Konsums fasziniert, die eine gefährliche Krise der menschlichen und religiösen Werte und das Abtriften in einen grassierenden ethischen und kulturellen Relativismus mit sich bringt.“

Doch der Handlungsrahmen für das Wirken der Kirche bleibt begrenzt: Als einziges mitteleuropäisches Land hat Tschechien die Rechte der katholischen Kirche bis heute nicht staatsvertraglich geregelt. Ein 2002 ausgehandeltes Konkordat wurde vom Parlament abgelehnt. (*Süddeutsche Zeitung*, 27.9.09; *Radio Vatikan*, 27.9.09)

Worum es eigentlich geht, verriet Kardinal Miloslav Vlk: Um Geld, Besitz und Einfluss. Die tschechische katholische Kirche bestehe „in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht auf einer sofortigen Rückgabe“ des verstaatlichten Kircheneigentums, meinte der Prager Kardinal im tschechischen Fernsehen. Das sei ein Entgegenkommen der Kirche. Es wäre „unmoralisch“, wenn die Kirche den Staat „in der jetzigen Situation“ unter Druck setzen würde. Vlk behauptete zwar, dass es der Kirche um nichts anderes gehe als „um Recht und Gerechtigkeit“. Er beklagte aber, dass die Politiker in seinem Land den „seit 20 Jahren überfälligen Ausgleich zwischen Staat und Kirche“ immer auf die Eigentumsforderungen der Kirche

reduzierten und damit der Kirche den Schwarzen Peter zuschöben. Das habe damit zu tun, dass die Politiker im Unterbewusstsein noch kommunistischem Gedankengut verhaftet seien – eine selbst für die katholische Kirche absolut einmaliger Affront gegen die heutigen demokratischen Parteien. Diese hätten mit ihren alten Denkmustern die Kirche nach der „sanften Revolution“ von 1989 an den Rand der Gesellschaft gedrückt. (KNA, 29.9.09)

Demonstranten verlangten während des Papstbesuchs in Prag eine Rehabilitierung des Reformators Jan Hus (um 1370-1415). Als Benedikt XVI. die Kirche Santa Maria de Victoria verließ, war an der Fassade des benachbarten Erziehungsministeriums ein Transparent mit der tschechischen und lateinischen Forderung „Benedikt XVI., rehabilitiere Jan Hus“ zu sehen. Der vorlutherische Reformator war 1415 während des Konstanzer Konzils als Ketzer verurteilt und verbrannt worden. Heute gehört eine Minderheit von rund einem Prozent der tschechischen Bevölkerung der hussitischen Kirche an, unter ihnen auch Staatspräsident Vaclav Klaus. (KNA, 27.9.09)

Vatikan

I (3975) **München.** Der frühere Kurienkardinal Dario Castrillon Hoyos verteidigte in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ seine Nachgiebigkeit gegenüber der Piusbruderschaft. Hoyos beteuerte, seine Verhandlungen mit der Piusbruderschaft hätten kirchenrechtliche, nicht inhaltliche Fragen betroffen. Seine Aufgabe sei gewesen, eine Kirchenspaltung zu verhindern. Die Exkommunikation aufzuheben, sei „keine politische Handlung“ gewesen, sondern „ein Akt der Barmherzigkeit“. Er würde alles, was er in der Angelegenheit getan habe, „genau so“ wieder tun. Über die Aussagen Williamsons sagte der Kardinal, der britische Traditionalisten-Bischof habe den Judenmord niemals geleugnet, sondern nur „reduziert“. Das wiederum sei „eine historische Frage“, keine moralische. Williamson hatte in dem Interview von maximal 200.000 bis 300.000 getöteten Juden gesprochen. Keiner von ihnen sei in Gaskammern umgekommen. (KNA, 25.9.09; *Süddeutsche Zeitung*, 25.9.09)

Amerika

Vereinigte Staaten

I (3976) **Washington.** Rund zwei Millionen Schüler in den USA haben sich am 23. September am Fahnenmast ihrer Schule zum Gebet versammelt. Es war das 20. Treffen dieser Art, das Fundamentalisten jährlich zum Schuljahresbeginn durchführen – allerdings nur an christlichen Privatschulen.

In allen 50 US-Bundesstaaten organisierten religiöse Vereinigungen solche Gebete für Schüler, die allerdings häufig zur Teilnahme genötigt wurden. Die größte Versammlung mit rund 47.000 Teilnehmern fand an der christlichen Privatuniversität Liberty College (Lynchburg/Bundesstaat Virginia) statt. An staatlichen Schulen ist dies verboten; erst kürzlich waren zwei Bedienstete in Florida gerichtlich belangt worden, weil sie vor dem Essen in der Schulmensa öffentlich gebetet hatten. Ihnen

wurde vorgeworfen, gegen die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Staat verstoßen zu haben. (*idea*, 24.9.09)

Asien

Pakistan

I (3977) **Punjab**. Nach dem Mord an einem jungen Christen fordern Pakistans Bischöfe das, was sie in Europa energisch ablehnen: eine Abschaffung des so genannten Blasphemiegesetzes. Es sei ein „ungerechter Paragraph“, der letztlich für die jüngste Gewalt gegen Christen in Pakistan verantwortlich sei, meinte der Präsident der pakistanischen Bischofskonferenz, Bischof Lawrence Saldanha. Das Gesetz ahndet jede vermeintliche Beleidigung des Korans und Mohammeds mit einer Haft- oder sogar mit der Todesstrafe. Unmittelbarer Anlass war ein junger Christ, der wegen Blasphemie inhaftiert und kurz danach in seiner Zelle ermordet aufgefunden worden war.

Der Statthalter von Punjab, Salman Taseer, befürwortet inzwischen ebenfalls die Abschaffung des Blasphemiegesetzes im Land. Die Regierung Pakistans erwägt zurzeit eine Untersuchung und Veränderung des umstrittenen Gesetzes. Dieses werde oft von islamischen Extremisten missbraucht, um religiösen Minderheiten zu schaden, so der Statthalter. In den letzten Monaten war es in Pakistan vermehrt zu Angriffen auf Christen gekommen, die angeblich den Koran geschändet hätten. Der Sekretär der Nationalen Friedenskommission der katholischen Kirche, Peter Jacob, begrüßte die Nachricht, vermied aber jeden Hinweis, dass Pakistan damit schon weiter ist als die „Kulturnation“ Deutschland. Die zentrale Regierung soll nun über das Blasphemiegesetz entscheiden. (*asca*, 16.9.09; *asianews*, 19.9.09)

Singapur

I (3978) **Singapore-City**. Religion gilt einer ganz speziellen Gruppe von Fachleuten als vorbildlich: den Werbeexperten. Bei einem Fachkongress in Singapur sprachen sie sich dafür aus, noch intensiver von den großen Religionen zu lernen. Von ihnen könne man nicht nur Strategien abschauen, wie Menschen erreicht werden, sagte Benjamin Lee am Mittwoch zur Eröffnung des „Spikes Asia“-Festivals. Die großen Religionen hätten sich weltweit als positiv besetzte „Marke“ etabliert, lange bevor es Medien wie das gedruckte Wort gegeben habe. Sie seien nur durch „Mund-zu-Mund-Propaganda“ groß geworden. „Das muss die Werbung auch erreichen“, so Lee. (*KNA*, 16.9.09)

Anm. *MIZ*-Red.: Dem können wir uns nur anschließen. Es ist schon phänomenal, wie die Großkirchen in Deutschland einerseits vom Staat jährlich mindestens 22 Milliarden Euro für innerkirchliche Zwecke direkt oder indirekt erhalten (bei einer Gegenleistung aus Kirchenmitteln von weniger als einer einzigen Milliarde), während es ihnen bis heute gelingt, in der Öffentlichkeit den Eindruck aufrecht zu erhalten, als zahlten die Kirchen weit mehr an die Allgemeinheit als sie vom Staat bekommen.